



Stellungnahme zur Deutschen Akademie der Wissenschaften

Als älteste naturwissenschaftliche Akademie Europas wurde die Leopoldina mit Sitz in Halle a. d. Saale auf der ersten Sitzung der neuen Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) am 18. Februar 2008 offiziell zur "Deutschen Akademie der Wissenschaften" erklärt. Wie in den folgenden Reflektionen dargelegt wird, geht diese Maßnahme mit einem tief greifenden Umstrukturierungsprozess im Bildungs- und Hochschulwesen einher, der sich nur schwer mit demokratisch-emanzipatorischen Auffassungen vereinbaren lässt.

Bereits am 16. November 2007 wurde von Bundeswissenschaftsministerin Annette Schavan (CDU) angekündigt, die "Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina" als "Deutsche Akademie der Wissenschaften" zu institutionalisieren. Nach einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ist es die Aufgabe dieser Einrichtung, "wichtige gesellschaftliche Zukunftsthemen wissenschaftlich zu bearbeiten und die Ergebnisse der Öffentlichkeit und Politik in geeigneter Form zu vermitteln." Auf diese Weise soll ein kontinuierlicher Dialog zwischen Politik und Forschung geführt werden. Darüber hinaus ist es Ziel der Akademie, "die deutsche Wissenschaft in [...] internationalen Gremien" zu repräsentieren. So habe die Leopoldina in der Vergangenheit bereits einen wesentlichen Beitrag in dieser Hinsicht geleistet, der z.B. Stellungnahmen in verschiedenen EU-Ausschüssen zu Themen aus den Bereichen Medizin, Ernährung, Klimaschutz

oder nachhaltige Energieversorgung beinhalte. Finanziert wird die Einrichtung bis 2010 durch den Bund (80%) und das Land Sachsen-Anhalt (20%).

Obwohl die Gründung der Nationalakademie von der Öffentlichkeit, insbesondere den Medien, positiv aufgenommen wurde, muss sie in einigen Punkten kritisiert werden. Dazu gehört etwa die Tatsache, dass diese Institution in Zukunft eine gewichtige bildungspolitische Beratungsfunktion erhält, wo sie doch nur ein kleines Spektrum der wissenschaftlichen Betätigungsfelder abdeckt. Dies manifestiert sich bereits in der Zusammensetzung des Präsidiums, das ausschließlich aus Naturwissenschaftlern – Biologen, Chemikern, Physikern und Medizinern – besteht. Volkswirtschaftler, Historiker oder Kulturwissenschaftler sind hier gar nicht vertreten, wobei sich die Frage stellt, ob es dadurch nicht zwangsläufig zu einseitigen Positionierungen in gesellschaftlich relevanten Fragen kommt. Dabei sind es gerade die Geistes- bzw. Sozialwissenschaftler, die einen essentiellen Beitrag zum Verständnis der Zusammenhänge von Politik, Ökonomie und Forschung liefern können. Die Verlagerung der Interessenschwerpunkte weg von diesen Disziplinen hin zu den Naturwissenschaften ist eine allgemeine Tendenz im Bildungs- und Forschungsbereich, was nicht zuletzt damit zu tun hat, dass sie sich in ökonomischer Hinsicht kaum verwerten lassen und nur geringe Anreize für die freie Wirtschaft bieten.

Selbst wenn das Präsidium der Nationalakademie das volle Fächerspektrum abbilden würde, bliebe ein weiteres Problem bestehen, und zwar die herausgehobene Stellung der Einrichtung. So werden die Sachverständigen der Leopoldina schon bald einen weitaus größeren Einfluss als die meisten anderen Wissenschaftler besitzen. Schließlich ist die Bündelung von Beratungstätigkeiten, die bislang von unterschiedlichen Organisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) oder der Max-Planck-

Gesellschaft (MPG) erbracht wurden, der ausdrückliche Wunsch der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz. Dies führt unweigerlich zur Elitenbildung unter den Forschungsinstitutionen, wodurch einzelne Einrichtungen für sich in Anspruch nehmen, das Sprachrohr des gesamten Wissenschaftsbetriebs zu sein – eine Entwicklung, die mit der Leuchtturm-Logik der Exzellenzinitiative zur Schaffung von "Spitzenuniversitäten" korrespondiert (vgl. http://www.uni-giessen.de/~gd1272/akbp/AKBp_Elitekritik.pdf; http://www.uni-giessen.de/~gd1272/akbp/AKBp_Hochschulen_ImWettbewerb.pdf).

Viel fragwürdiger ist allerdings das grundlegende Konzept der wissenschaftlichen Akademie, da es – vom universitären Standpunkt aus – der Einheit von Forschung und Lehre widerspricht und die Hochschule als vorrangigen Ort der Wissenschaft in Frage stellt. Dass die Leopoldina unlängst zur Nationalakademie erklärt wurde, entspricht dem allgemeinen Trend, neue Forschungsergebnisse immer mehr im hochschulexternen Spezialistenkreis zu diskutieren. Dadurch werden die Universitäten Schritt für Schritt zu Ausbildungs- und Lehrstätten degradiert, in denen Studierende – für die das 'forschende Lernen' unabdingbar ist – kaum noch an aktuellen Debatten teilhaben.

Zuletzt muss moniert werden, dass die Leopoldina beim Aufbau eines nationalen Stipendiensystems für Studierende mitwirken soll. Ein in Planung befindliches Modell sieht beispielsweise vor, zehn Prozent der "Leistungsbesten" zu fördern. Damit konkurriert es mit dem BAföG, das die neoliberalen Strategen aus Politik und Wirtschaft ohnehin abzuschaffen gedenken. Dass gerade die Nationalakademie mit einem solchen Projekt betraut wurde, dürfte schon jetzt Rückschlüsse auf ihre ideologische Ausrichtung zulassen. Außerdem bleibt zu fragen, warum man in diesem Kontext eine Institution beauftragt, die sich als reine Gelehrtengesellschaft

verstehen. Dies zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, die Stimme der Universitäten in der Wissenschaftspolitik zu stärken. Hier ist etwa ein Rat denkbar, der primär aus Hochschulvertretern besteht. Er sollte einerseits alle Statusgruppen, andererseits alle Bundesländer repräsentieren. Als Kompromiss könnten Forschungsinstitutionen, wissenschaftliche Vereinigungen oder Akademien einbezogen werden und einen Teil der Sitze erhalten (z.B. 1/3). Eine Hauptversammlung wäre für Richtungsentscheidungen sowie die Entsendung von gewählten Mitgliedern in internationale Gremien zuständig, während Ausschüsse spezifische Sachfragen erörtern. Am einfachsten ließe sich dieser Vorschlag realisieren, wenn man den bestehenden Wissenschaftsrat dahingehend reformierte.

Quellen:

<http://www.bmbf.de/press/2236.php>

<http://www.leopoldina-halle.de/cms/de/pressemitteilungen/einzelansicht-pressemitteilung/article/116/die-leopoldi.html>

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/aktuell/?sid=a7ba792a9dc0010220546cbd5d38659a&em_cnt=1290172

Arbeitskreis Bildungsperspektiven (AKBp)

Wir sind ein unabhängiges Diskussionsforum, das im Oktober 2003 während der Proteste gegen die Bildungspolitik der hessischen Landesregierung gegründet wurde. Wir wollen nicht nur die deutsche Hochschulreform kritisch begleiten, sondern auch Interesse an bildungstheoretischen Fragestellungen wecken. Zudem geht es uns darum, verbreitete Auffassungen zu hinterfragen und eigene Ansätze für ein emanzipatorisches Bildungsverständnis zu erarbeiten.

AKBp: "Manifest zur Demokratisierung der Universitäten"

http://www.uni-giessen.de/~gd1272/akbp/AKBp_Demokratisierung_Manifest.pdf

Internet:

<http://www.akbp.de.vu>

Kontakt:

akbp@gmx.de